

Łodźer

Volkszeitung

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens.

Nr. 283. Die "Łodźer Volkszeitung" erscheint täglich morgens, an Tagen nach einem Feiertag oder Sonntag mittags. Abonnementspreis: monatlich mit Zustellung ins Haus und durch die Post Bloty 4.—, wöchentlich Bloty 1.—; Ausland: monatlich Bloty 7.—, jährlich Bloty 84.—. Einzelnummer 15 Groschen, Sonntags 25 Groschen.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Łódź, Petritauer 109
Telephon 136-90. Postkonto 63.508

Geschäftsstunden von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends.

Sprechstunden des Schriftleiters täglich von 2.30—3.30.

Anzeigenpreise: Die siebengespaltene Millimeterzeile 15 Groschen. im Text die dreigespaltene Millimeterzeile 60 Groschen. Stellenangebote 25 Prozent Rabatt. Vereinsnotizen und Anfündigungen im Text für die Druckzeile 1.— Bloty; falls diesbezügliche Anzeige aufgegeben gratis. Für das Ausland 100 Prozent Zuschlag.

Die P.P.S. fordert Autonomie für Ostgalizien.

Ein Antrag der P.P.S.-Fraktion im Sejm. — Scharfe Verurteilung der Nationalitätenpolitik der Sanacja.

Die Sejmfraktion der P.P.S. hat in der Dienstagssitzung des Sejm einen Antrag in Sachen einer territorialen Autonomie für die in der Mehrheit durch Ukrainer bewohnten Gebiete des östlichen Kleinpolens eingereicht. Dieser Antrag ist nicht neu und wurde vor der P.P.S. schon einmal, und zwar kurz vor dem Maiumsturz eingereicht, ohne daß es jedoch hierüber zu einer Beschlusssetzung gekommen wäre. Das in dem Antrag enthaltene Programm einer Autonomie wurde seinerzeit durch eine besondere Kommission der P.P.S.-Fraktion ausgearbeitet, welcher angehörten: Ignacy Daszyński, Hermann Diamond, Felic Perl, Tadeusz Holowko (der damals Mitglied der P.P.S. war), Kazimierz Czapinski und Mieczysław Niedziałkowski.

Die Grundzüge des Autonomieprogramms sind:

1. Die allgemeine Grundlage des Antrages der Fraktion der P.P.S. ist auf dem Standpunkt, daß die polnischen Bürger der südöstlichen Gebiete des Reiches, Ukrainer und Polen, durch den Willen der Geschichte zum Zusammenleben und zur Zusammenarbeit gezwungen sind und daß beide Seiten das Recht zur Rolle der Gemeinschaft haben, denn auch das polnische Element ist in diesen Gebieten in seiner Masse kein herbeigeführtes Volkslement, sondern ist — im Gegenteil — mit diesen Ländern gewissermaßen organisch verbunden.

2. Das Autonomiegebiet würde umfassen: einen Teil der Lemberger Wojewodschaft, die Wojewodschaften Stanisław, Tarnopol und Wolhynien sowie den südlichen Teil der Wojewodschaft Podolie.

3. Organisation der Autonomiebehörden: a) der Landessejm, der auf Grund des Fünferwahrechts gewählt wird, b) der Landesminister, der vom Staatspräsidenten ernannt wird, c) die Landesregierung, die vom Landessejm durch Verhältnisrecht berufen wird, d) Landesgerichte bis zum Appellationsgericht einschließlich.

4. Amtliche Sprachen im Autonomiegebiet sollen Polnisch und Ukrainisch sein.

5. Zum Bereich der Autonomie gehören: a) Sprachenfragen, mit Ausnahme der Vorschrift des Punktes 4, b) Konfessionsfragen, mit Ausnahme solcher, die die Außenpolitik betreffen, c) Schul-, Bildungs- und kulturelle Fragen, d) Organisierung der Verwaltungsbehörden erster und zweiter Instanz, mit Ausnahme der Einteilung des Gebietes in Wojewodschaften, e) Kriminal-, Wege-, Bau- und

Feuerpolizei, f) Landeswirtschaftsfragen (Unterstützung der Industrie, Genossenschaften und Allgemeingesellschaften), g) Landeswirtschaftsfragen (Meliorationen, Kommissariaten), Fragen der Bodenreform, h) Fragen des Arbeitsschutzes unter der Bedingung, daß die diesbezüglichen allgemeinstaatlichen Gesetze keine Verschlechterung erfahren, i) öffentliche Arbeiten, k) Lokalbahnen, Wege und Chausseen, mit Ausnahme von Wegen von allgemeinstaatlicher Bedeutung, l) Wassergesetzgebung, m) Landessteuern und Zuschläge zu den staatlichen Steuern.

6. Das polnische, ukrainische und jüdische Schulwesen werden jedes für sich autonome Organisationen und eigene besonders festgesetzte Finanzgrundlagen bestehen; Zweisprachenschulen sollen auf Verlangen einer entsprechenden Zahl von Eltern zugelassen werden.

7. Dem Staatspräsident soll das Vorrecht gegen Landesgezeuge, die im Widerspruch zu den Bestimmungen der Verfassung stehen oder die Sicherheit des Staates gefährden, zustehen.

8. Die Landesregierung soll vor dem Landessejm verantwortlich sein.

9. Die Landesgerichte sprechen ihre Urteile im Namen der Republik Polen. Das Oberste Gericht behält seine bisherigen Rechte auch gegenüber den Landesgerichten bei.

Der Warschauer "Robotnik" schreibt zu diesem Antrag, daß sich die P.P.S. dessen wohl bewußt ist, daß ein solches Autonomieprogramm vom Sanacjasejm wohl nicht beschlossen werden wird und bemerkt, daß dieses Programm beim gegenwärtigen Regierungssystem auch niemals durchgeführt werden könnte. Das genannte Blatt schreibt zu dieser Frage dann weiter: "Die Nationalitätenpolitik" des "Sanierungs"lagers ist zu befanni, als daß wir sie eingehend besprechen sollten. Von der Lösung "für uns und eure Freiheit" ist doch keine Spur mehr übrig geblieben. Die Nationalitätenpolitik des "Sanierungs"lagers — das ist eine brutale, verrohte und polizeiliche Durchführung von Auflösungen einer unangemessenen Doktrin eines integralen Nationalismus. Sie hat Polen zu einer erschreckenden Verschärfung des gegenseitigen Hasses zweier Völker, die die südöstlichen Gebiete des Reiches bewohnen, geführt, sie hat eine allgemeine Ungewissheit des kommenden Tages erzeugt und hat keinerlei positive Resultate gezeigt."

Der Warschauer "Robotnik" schreibt zu diesem Antrag, daß sich die P.P.S. dessen wohl bewußt ist, daß ein solches Autonomieprogramm vom Sanacjasejm wohl nicht beschlossen werden wird und bemerkt, daß dieses Programm beim gegenwärtigen Regierungssystem auch niemals durchgeführt werden könnte. Das genannte Blatt schreibt zu dieser Frage dann weiter: "Die Nationalitätenpolitik" des "Sanierungs"lagers ist zu befanni, als daß wir sie eingehend besprechen sollten. Von der Lösung "für uns und eure Freiheit" ist doch keine Spur mehr übrig geblieben. Die Nationalitätenpolitik des "Sanierungs"lagers — das ist eine brutale, verrohte und polizeiliche Durchführung von Auflösungen einer unangemessenen Doktrin eines integralen Nationalismus. Sie hat Polen zu einer erschreckenden Verschärfung des gegenseitigen Hasses zweier Völker, die die südöstlichen Gebiete des Reiches bewohnen, geführt, sie hat eine allgemeine Ungewissheit des kommenden Tages erzeugt und hat keinerlei positive Resultate gezeigt."

genommen hatten. Vom Friedensgericht wurden sämtliche Stadtverordnete zu Gefängnisstrafen von 3, 2 und 1 Jahr Gefängnis verurteilt. Das Bezirksgericht wandelte diese Strafe in Geldstrafen von 200 bis 500 Bloty um, wogegen sowohl von Seiten der Verteidiger wie auch des Staatsanwalts die Kassationslage eingereicht wurde. Das Oberste Gericht verwies die Kassationslage und wies die Angelegenheit zur nochmaligen Verhandlung an das Appellationsgericht zurück. Der Stadtrat von Radom setzte damals aus 15 Sozialisten und aus je einem Vertreter der Juden und der Nationalen Partei zusammen und wurde gleich am nächsten Tage nach der Annahme der erwähnten Resolution aufgelöst.

Die Flucht vor dem Dollar.

Anfang der vergangenen Woche begann im Zusammenhang mit den geheimnisvollen Konferenzen im Weißen Hause plötzlich ein starkes Dollarangebot an der Warschauer Börse. Rein mechanisch brachte es das starke Angebot mit sich, daß die Nachfrage geringer wurde und der Kurs nachließ. Die gerade in Warschau sehr stark vorhandene Klein spekulation konnte es sich vor allen Dingen leisten, ihre kleinen Dollarbeträge auch zu verhältnismäßig niedrigen Kursen abzusehen, ohne dabei große Summen zu verlieren. Der Dollar sank unter Parität und wurde

am Sonnabend teilweise mit 8,75 notiert, also 13 Punkte unter der Stabilisierungsnorm. Es ist aber nicht so, daß gleichzeitig das unbedingte Vertrauen zum Bloty gewachsen wäre, die Klein spekulanten stützten sich vielmehr in den Tagen des Sinkens des Dollar kurses auf den Goldrubel, für den man am Freitag und in den ersten Morgenstunden des Sonnabend im Freiberlehr 6,10 Bloty bezahlte. Damit ist, wie Fachleute behaupten, der Feingoldwert des Goldrubel längst überschritten und die Spekulanten würden sich mehr Goldwert angeschafft haben, wenn sie aus einem Juwelierladen Feingold gekauft hätten.

Die Krise des Dollar in Warschau findet in demselben Umfang nicht ein Gegenstück an den wichtigen internationalen Finanzplägen der Welt und ist zweifellos in erster Linie auf die Spekulation zurückzuführen. Wie verlautet, sind in der vergangenen Woche an der Börse 5 Millionen Dollar von den Spekulanten abgesetzt worden, von denen die Bank Polski den größten Teil erworben hat. Im Laufe des Sonnabend trat dann auch bereits eine gewisse Erholung ein und der Dollar kurs ging schnell in die Höhe. An der Schwarzen Börse zahlte man schließlich nachmittags wieder bis 8,86 für den Dollar, während der Goldrubel bis auf 5,70 zurückging. Die Bank Polski notierte am Sonnabend für den Dollar in bar 8,82, Kielce New York war jedoch unverändert 8,92 bis 8,94.

Die rivalisierenden Ministerien.

Es ist ein sehr origineller Streit innerhalb unserer Regierung zu verzeichnen: zwei Ministerien streiten sich um das Vorrecht, wer von ihnen berechtigt sei, den Außenhandel zu bevormunden und zu kontrollieren. Nach dem Vorschlag der Regierung sollen Molkereiprodukte, Fleisch und landwirtschaftliche Produkte bei der Ausfuhr der Kontrolle des Landwirtschaftsministeriums unterliegen, während andere Artikel, wie Manufakturwaren, Leder usw. bei der Ausfuhr dem Ministerium für Handel und Industrie unterliegen würden. Zwischen diesen beiden Ministerien ist nun ein heftiger Streit entstanden, weil das Handelsministerium die Kontrolle über den gesamten Export übernehmen will. Das Landwirtschaftsministerium protestiert gegen diese "Anmaßung" und erklärt, daß das Handelsministerium mit der Ausfuhr von landwirtschaftlichen Produkten nichts zu tun habe. Die beiden Ministerien wechseln gegenseitig lange Schreiben, ersuchen zu Verhandlungen, berufen Konferenzen ein und haben es darauf abgesehen, einen richtigen Kompetenzstreit mit allen Mitteln auszutragen. — Die Leute haben wirklich große Sorgen.

Danielewski Bundesgenossen.

Unsere letzten Ausführungen über Jan Danielewski und seinen "deutschen" Kultur- und Wirtschaftsbund sowie die zitierte Buretheweisung durch die "Pravda" scheinen Danielewski sehr mitgenommen zu haben. In seiner Not suchte er nach einem Verteidiger und fand ihn — er fand ihn bald und zwar in dem nationalpolnischen, deutschen-hasserischen "Rozwoj". Da staunst du, lieber Leser, was? Ja, der "Rozwoj" hat den Danielewski in seine Arme genommen und versucht ihn zu verteidigen. Aber da selbst der "Rozwoj" noch wenig "Verteidigungskraft" für Danielewski besitzt, ist diesen treuen Verbündeten gestern noch die "Republika" und der "Dziennik Łódzki" zu Hilfe gekommen. Solch eine Bundesgenossenschaft hat sich also der "Ketter des Deutschstums in Polen" ausgejucht, damit sie ihn selber retten. Schön weit hat es dieser Danielewski schon gebracht, das muß man ihm lassen. Und seine Bundesgenossenschaft a la "Rozwoj", "Republika" und "Dziennik Łódzki" paßt zu Jan Danielewski und seinen "deutschen" Kulturbund wie auserwählt. Recht so, Herr Danielewski, man muß sich unerschrocken zu seinen Freunden bekennen und nicht verleugnen, wes Geistes Kind man ist.

U.S.A.-Bank setzt Diskontsatz heraus.

New York, 15. Oktober. Die Bundesreservenbank New York hat den Diskontsatz auf 3½ Prozent erhöht. — Nach einer Veröffentlichung des Schatzamtes betrug der Fehlbetrag im amerikanischen Haushalt am 1. Juli 502 106 600 Dollar.

Laval's Rundumfrede vor seiner Amerikareise.

Paris, 15. Oktober. Vor seiner Abreise nach New-York hielt der französische Ministerpräsident eine Rundumfrede, in der er mitteilte, daß er drei Wochen unterwegs sein werde. Eine ernste Krise sucht die Welt heim. Frankreich ist gesund geblieben. Es verdankt seine bevorzugte Stellung seiner Arbeit und seiner Sparsamkeit. In unserer Zeit kann man die Isolierung nicht als eine geeignete Vorsichtsmaßnahme ansehen. Frankreich hat seine Überlieferungen, es weiß, wann es nötig ist, andere Beschlüsse, andere Entscheidungen zu treffen, als solche interessierten und egoistischen Charakters.

Die Reise, die ich unternehmen werde, hat große Hoffnungen geweckt. Hüten wir uns vor Illusionen. Wenn auch persönliche Beziehungen zwischen den Regierungschefs als geeignete Methoden erscheinen, die Reben einer normalen Wirtschaft wiederzufinden, so wäre es übertrieben, endgültige Lösungen zu erwarten. Eine ungewöhnliche Produktion, augenblickliche Wirren und übertriebenes Vertrauen in die Spekulation haben die Arbeitslosigkeit und das Elend zur Folge gehabt. Das Uebel ist groß, denn es findet seine Ursache in den Fortschritten einer zu rasch entwickelten Zivilisation. Ein strenges Regime ist notwendig. Wir werden unsere Gedanken austauschen und ich werde Hoover sagen, was mein Land denkt, was es wünscht und was es tun kann. Die französische Regierung hat bereits ihren Willen bekannt, zu handeln. Ich werde bei meiner Rückkehr dem Parlament Bericht erstatten. Es wird sich dann über dieses Handeln ausszusprechen haben.

Kein fertiges Programm für die Washingtoner Beziehungen.

London, 15. Oktober. Der amerikanische Staatssekretär Stimson bezeichnete, nach einer Meldung aus Washington, die in französischen Kreisen geäußerte Befürchtung, daß die amerikanische Regierung für die Beziehungen mit Laval ein fertiges Programm vorbereitet habe, als durchaus unbegründet. Es steht Laval durchaus frei, jede Frage aufzuwerfen, deren Erörterung er wünsche. Die Vereinigten Staaten hätten keineswegs die Absicht, sich ihm mit irgendwelchen Fragen aufzudrängen.

Der französische Militarismus.

Paris, 15. Oktober. Die radikalsozialistische „République“ will aus zuverlässiger Quelle erfahren haben, daß in der Sitzung des obersten Kriegsrates, die am Mittwoch vormittag unter dem Vorsitz des französischen Staatspräsidenten im Elysee stattfand, beschlossen wurde, den Haushalt des Kriegsministeriums um eine Milliarde Franken gegenüber dem Vorjahr zu erhöhen.

Südafrika für Streichung der Kriegsreparationen.

London, 15. Oktober. Der bisherige afrikanische Ministerpräsident Herzog erklärte auf der Tagung der nationalistischen Partei, daß eine gesunde Grundlage für den Wiederaufbau nur dann gefunden werden könne, wenn die wirtschaftlichen Forderungen des Versailler Vertrages gestrichen würden. So weit Südafrika in Frage komme, könnte eine vollständige Wiedererholung nicht vor drei bis vier Jahren erwartet werden. In der Zwischenzeit müßten die Südafrikaner sich auf sich selbst verlassen und ihre Rettung auf ihren Inlandsmarkt suchen. Auf die englische Pfundstufe übergehend, sagt Herzog, daß das englische Pfund kein gutes Geld mehr sei, wohl aber das südafrikanische. Die Leute, die auf das Abgehen vom Goldstandard drängen, spielen denen in die Hände, die das Land der finanziellen Unsicherheit ausliefern wollen.

Macdonald will ein Mandat

um die finanziellen Schwierigkeiten in Europa zu lösen.

London, 15. Oktober. In einer Wahlrede in seinem Wahlkreis Seaford bezeichnete Macdonald es als Aufgabe der kommenden Nationalregierung, den Wert des Pfundes zu stabilisieren. Die Wähler sollten ihm ein Mandat geben, um die finanziellen Schwierigkeiten in Europa einer Lösung näher zu bringen. In Verbindung hiermit erwähnte Macdonald den Gedanken eines Abkommens zwischen England und denjenigen Ländern, die den Goldstandard bereits verlassen haben, und zwar auf der Grundlage eines bestimmten Pfundwertes.

Macdonald in seinem Wahlkreis niedergebrüllt.

London, 15. Oktober. Zum ersten Male während eines Wahlsiegzes mußte es Macdonald in seinem Wahlkreis Seaford erleben, daß er niedergebrüllt wurde. Schon bei seiner Ankunft in der Halle empfing ihn das Gejohle seiner Gegner, so daß er die größte Schwierigkeit hatte, sich überhaupt verständlich zu machen. Als er die Herabsetzung der Erwerbslosgelder erwähnte und ihre Notwendigkeit begründen wollte, erhob sich neues Gejohle auf den Galerien, so daß die Versammlung nach einer halben Stunde abgebrochen werden mußte. Die große Erregung seiner Gegner gerade im wichtigen Augenblick erklärt sich daraus, daß am Freitag die neuen Erwerbslosenfälle in Kraft treten.

Untersuchung des Mandchurie-Streites am Orte und im Völkerbund.

London, 15. Oktober. Nach einer Meldung des „Daily Telegraph“ ist trotz der japanischen Erklärung vor dem Völkerbund, keine Einigung dritter Bulden zu wollen, in der Mandchurie eine Untersuchung der Lage von amerikanischer Seite im Gange. In japanischen Kreisen hat die Informationsfahrt des amerikanischen Generalkonsuls von Charbin zusammen mit einem Beamten der amerikanischen Botschaft in Tokio, tiefen Verstimmen hervorgerufen, da man aus dieser Fahrt ein gewisses Misstrauen der Amerikaner gegen die offizielle japanische Darstellung der Vorfälle in der Mandchurie herausliest.

Nach einer anderen Meldung ist der englische Gesandte Sir Miles Lampson und der amerikanische Gesandte Johnson in Nanjing eingetroffen, um sich mit der dortigen Regierung über die mandchurische Frage zu besprechen.

Japan lehnt den amerikanischen Beobachter ab.

Genf, 15. Oktober. Die Antwort der japanischen Regierung auf die Anfrage des Völkerbundsrates, ob Japan mit der Buziehung der amerikanischen Regierung zu den Ratsverhandlungen über den japanisch-chinesischen Streitfall einverstanden sei, ist am Donnerstag nachmittag eingetroffen. Der Inhalt der Note wird jedoch noch streng geheim gehalten. Der Fünfer-Ausschuß wurde sofort zur Prüfung der Note einberufen.

Über den Inhalt der Note verlautet, daß die japanische Regierung ihren Botschafter Yoshihara angewiesen hat, grundsätzliche rechtliche Bedenken gegen die offizielle Buziehung eines Nichtmitgliedstaates des Völkerbundes geltend zu machen und darauf hinzuweisen, daß der Völkerbund ein derartiges Verfahren nicht zuläßt.

Der Völkerbund greift endlich ein.

Nach schwerer Überwindung bürokratischer Bedenken.

Der Fünfer-Ausschuß des Völkerbundsrates ist am Donnerstag vormittag zu einer streng vertraulichen Beratung zusammengetreten. Die Lage wird nach wie vor als äußerst schwierig beurteilt. Auf englischer Seite ist jetzt der Gedanke aufgetaucht, eine gemischte Kommission einzusetzen, die zwischen den beiden Regierungen vermitteln und einen Interessenausgleich schaffen soll. Bisher sind jedoch Einzelheiten dieses Planes noch nicht festgelegt worden. Bis zum Eintreffen der japanischen Antwort, die für Donnerstag abend erwartet wird, werden zunächst noch die vertraulichen Einzelberatungen weiter fortgeführt werden. Der Völkerbund soll am Nachmittag zu einer geheimen Vollsitzung zusammenkommen, um über die Lage zu beraten.

Genf, 15. Oktober. Der Völkerbundsrat hat am Donnerstag abend in einer 4stündigen außerordentlichen Geheimsituation mit 13 gegen die Stimme Japans beschlo-

Ein früherer liberaler Minister geht zur Arbeiterpartei.

Der frühere liberale Minister und Gewerkschaftsführer John Burns hat sich der Arbeiterpartei angeschlossen. Burns trat im Jahre 1914 zum Protest gegen die Kriegserklärung an Deutschland aus dem Kabinett Asquith aus. Seither hat er sich nicht mehr am politischen Leben beteiligt.

Nazitolal von Kozi überfallen.

Berlin, 15. Oktober. Das Parteizentralamt der Neuköllner Nationalsozialisten in der Richardstraße 35 ist am Donnerstag abend in der 8. Stunde überfallen worden. Die nationalsozialistische Darstellung spricht von 30 bis 35 Kommunisten. Es seien etwa 20 Schüsse durch die Tür abgegeben worden. 3 Männer wurden durch Kopfschüsse verletzt. Ein Bierter wurde durch einen Oberhantelschuß verletzt. In dem Lokal befanden sich 15 Personen. Von diesen waren 8 Angehörige der nationalsozialistischen Partei. Von den Verletzten gehören zwei der Partei nicht an.

Der Streit der deutschen Seelente in Leningrad.

Berlin, 15. Oktober. Amtlich wird mitgeteilt: In einigen Sowjethäfen, insbesondere in Leningrad, ist auf deutschen Handelsschiffen ein wilder, d. h. gewerkschaftlich nicht anerkannter Streik ausgebrochen. Die überwiegende Zahl der Streikenden ist arbeitswillig, wird aber durch unmittelbare Gewalt einer terroristischen Streitleitung an der Ausübung ihres Dienstes verhindert. Die deutschen Konsulatbehörden in den Hafenstädten haben entsprechend ihren Obliegenheiten sofort eingegriffen und sich mit den Lokalbehörden in Verbindung gebracht, um die entstandenen Schwierigkeiten zu beheben. Da ihre Bemühungen erfolglos blieben, hat das auswärtige Amt durch die Botschaft in Moskau die Sowjetregierung selbst mit der Angelegenheit befaßt und sie gemäß dem Konsularvertrag vom 12. Oktober 1925 um ihr Einschreiten ersucht. Die deutschen Reeder haben sich entschlossen, einen Schlepper nach Leningrad zu entsenden, um die dort liegenden deutschen Schiffe aus dem Hafen herauszubringen. Die

jen, die amerikanische Regierung zur offiziellen Teilnahme an der Regelung des japanisch-chinesischen Konflikts einzuladen.

Man erwartet hier fest, daß die amerikanische Regierung unverzüglich auf Grund der fortgezeigten in den letzten Tagen zwischen Washington und Genf geführten Führungnahme die Einladung annehmen und ihren Beobachter beim Völkerbund beauftragen wird, am Ratstisch Platz zu nehmen, um an der Konfliktregelung mitzuwirken. Der Abstimmung ging eine äußerst mühsame Debatte voraus. In der Sitzung, in der hauptsächlich Briand und Lord Reading das Wort führten, wurde mit allen nur denkbaren Mitteln und Gründen versucht, die japanische Regierung zur Ausgabe ihrer ablehnenden Haltung zu bewegen und ihre Zustimmung zur Hinzuziehung der amerikanischen Regierung zu erteilen. Die Verhandlungen verliefen in der Form einer rein geschäftsmäßigen Debatte, ob ein derartiger Beschluß die Einstimmigkeit des Rates erlaube oder nicht. Der japanische Botschafter forderte Einstimmigkeit auch für die Entsendung der Einladungsnote. Man suchte daher zunächst die Frage zu klären, ob der Beschluß über die Einladung Amerikas eine Verfahrensfrage sei, für die allein keine Einstimmigkeit erforderlich ist, oder ob es sich um einen ordnungsmäßigen Ratsbeschluß handelt. Schließlich sah sich Briand veranlaßt, entgegen den langjährigen Gewohnheiten des Rates zum erstenmal in einer grundsätzlich entscheidenden politischen Frage zur Abstimmung zu schreiten, die die Übereinstimmung Japans ergab.

Nur angesichts dieser Zwangslage ist das heutige ungewöhnliche Vorgehen des Völkerbundsrates gegen Japan und das schroffe Uebergehen des japanischen Standpunktes zu verstehen.

Verlegung der Nanjingregierung.

London, 15. Oktober. Nach einem bei der Nanjingregierung eingetroffenen Telegramm beabsichtigt die Nationalregierung die chinesische Hauptstadt von Nanjing nach Yoyang (Honanfu) zu verlegen.

Die alte chinesische Hauptstadt Yoyang liegt etwa 30 Kilometer südlich vom Gelben Fluß und etwa 500 Km. nördlich vom Yangtse. Sie ist keinerlei Angriffsgefahr von der See her ausgesetzt und ist 120 Km. von der Peking-Hankau-Eisenbahn entfernt.

Die Friedenskonferenz zwischen Nanjing und Kanton.

London, 11. Oktober. Die Friedenskonferenz zwischen dem Delegierten der Nanjing-Regierung und der Kanton-Regierung ist auf nächsten Dienstag festgelegt worden.

Japanische Kolonie will Nanjing verlassen.

Die gesamte japanische Kolonie in Nanjing mit Ausnahme der Beamten hat beschlossen, die Stadt wegen der japanfeindlichen Haltung der Chinesen zu verlassen.

Sowjetregierung ist hiervon auf diplomatischem Wege verständigt worden mit dem Erischen, dem Schlepper Schug zu gewähren.

Deutschland hat sich im Hafen von Leningrad, wo zurzeit mehr als 40 deutsche Schiffe festliegen, die Lage durch Sabotageakte verschärft. Infolgedessen besteht augenblicklich keine Bergungsmöglichkeit der deutschen Schiffe. Die Reichsregierung hat die Botschaft in Moskau beauftragt, ihre nachdrücklichen Vorstellungen bei der Sowjetregierung fortzuführen, um den vertraglichen Schutz der Interessen der deutschen Schiffahrt sicherzustellen.

Der Botschafter von Dirsch, der heute zu Besprechungen in dieser Angelegenheit nach Berlin berufen war, reiste heute abend nach Moskau zurück.

Die Auswirkung des Bündnisses auf die Warenpreise.

Die von der „Financial Times“ wöchentlich berechnete Indexziffer der Großhandelspreise in England ist vom 18. September bis zum 9. Oktober um 7,1 v. H. gestiegen. Gleichzeitig hat sich die englische Währung um etwa 20 v. H. entwertet. Die Erhöhung der englischen Indexziffer ist hauptsächlich durch die valutarisch bedingte „Verteuerung“ der Einfuhrwaren verursacht. Die Preise der Importwaren sind der Entwertung des Pfundes bisher noch kaum gefolgt.

Herabsetzung der Militärausgaben in Holland.

Die sozialdemokratische Fraktion im holländischen Parlament hat beschlossen, mit Rücksicht auf die Lage der Staatsfinanzen infolge der Wirtschaftskrise und auf die bevorstehende Abrüstungskonferenz, die Herabsetzung der Militärausgaben für 1932 um 25 Prozent vorzuschlagen. Das Militärbudget der Niederländer beträgt für 1932 ungefähr 100 Millionen Gulden. Der sozialdemokratische Vorschlag beabsichtigt also die Herabsetzung um rund 25 Millionen Gulden. Die Mitteilung dieses Beschlusses ist von dem außerordentlichen Kongress der Partei und der Gewerkschaften, der am 4. Oktober in Rotterdam stattfand, mit Jubel begrüßt worden.

Spaniens neue Regierung mit Beifall begrüßt.

Madrid, 15. Oktober. Der neue spanische Ministerpräsident Azana hat sein Kabinett noch in der Nach dem Parlament vorgestellt. Die Regierungsmitglieder wurden von den Abgeordneten mit lebhaftem Beifall begrüßt. Der Ministerpräsident gab eine Erklärung ab, in der er die aufrechte Haltung des bisherigen Ministerpräsidenten Zamora anerkennt, der sein Amt wegen der kirchenpolitischen Beschlüsse des Parlaments zusammen mit dem bisherigen Innenminister Maura niedergelegt hat. Azana führte weiter aus, Maura glaube, Spanien außerhalb der Regierung größere Dienste erweisen zu können. Die Abgeordneten brachten den beiden bisherigen Ministern Ovationen dar. Der neue Ministerpräsident erklärte weiter, die Republik sei eine Regierungssform, in der sämtliche Spanier ihr Recht finden könnten. Über die spanische Republik werde sich von niemand ihre Autorität schmälern lassen und nötigenfalls dafür sorgen, daß man sie fürchtet. Das Parlament sprach der neuen Regierung durch Zuruf das Vertrauen aus.

Scharles Vorgehen der neuen spanischen Regierung gegen den Klerus.

Madrid, 15. Oktober. Der Ministerrat beschloß am Donnerstag die Bischofsgehälter um 50 Prozent zu kürzen und hat sofort 9 Millionen Peseten, die im Haushalt des Kultusministeriums für die katholische Kirche vorgesehen waren, streichen lassen. Die Regierung ordnete

jerner die Beschlagnahme von Gebäuden unterrichtender Orden an, falls sie ihre Unterrichtstätigkeit einstellen sollten. Auf diese Weise soll der Unterricht in den Ordensschulen zwangsläufig aufrechterhalten werden. Anscheinend ist die Regierung der Überzeugung, daß die vorhandenen Bürgerschulen im Falle der Schließung der Ordensschulen die große Zahl der Kinder nicht aufnehmen können.

Zusammenstöße in Granada.

Aus Granada werden neue schwere Zusammenstöße zwischen Streikenden und der Polizei gemeldet. Die Polizei mußte von der Schußwaffe Gebrauch machen, wobei vier Demonstranten verletzt wurden. In allen Stadtvierteln Granadas wurde scharf geschossen.

Die Cholera im Irak.

Die Cholera im Irak, der bis jetzt 1000 Menschen erlagen, breite sich mehr und mehr aus und fordert täglich neue Opfer. Die Seuche griff auch auf Sumpfgebiete über, in denen die Bekämpfung aus verkehrstechnischen Gründen besonders schwierig ist. Da die Cholera nun auch schon in die Nähe der „Heiligen Städte“ Kerbela und Medina rückte, unterlag die Regierung jede Wallfahrt nach diesen Orten. Die Nachbarstaaten des Irak (Palästina, Transjordanien, Persien und Syrien) haben eine strenge Quarantäne angeordnet.

Die Untersuchung gegen Matuschka.

Berlin, 15. Oktober. Bisher ist in einer gemeinsamen Besprechung festgelegt worden, in welcher Weise die Arbeit der verschiedenen Untersuchungsausschüsse im Fall Matuschka geteilt werden soll. Die Vertreter der Polizeiverwaltungen in Budapest, Wien und Berlin werden die für ihr Land in Frage kommenden Straftaten einzeln mit dem beschuldigten Matuschka erörtern. Kriminalpolizeirat Gennat hat zusammen mit Kriminalkommissar Berndorff am Mittwoch nachmittag Matuschka sehr eingehend in Wien vernommen. Es drehte sich zunächst darum, wie oft Matuschka sich in Berlin aufgehalten hat. Es steht ziemlich einwandfrei fest, daß er im Laufe des letzten Jahres zweimal in Berlin war, und zwar in der Zeit vom 15. bis 30. April und in den ersten Tagen des Monats August. Kriminalrat Gennat hat sich zunächst hauptsächlich mit dem Berliner Aufenthalt Matuschka im April beschäftigt. Matuschka bleibt dabei, daß er den Auftrag, Material für die Anschläge zu beschaffen, von einem anderen bekommen habe. Matuschka gibt an, daß er sich im April in einem Wochenendhaus in der Nähe von Potsdam aufgehalten habe. Auch in Berlin ist jetzt einwandfrei festgestellt worden, daß Matuschka sich im April in Berlin aufgehalten hat. Am 26. April hat Matuschka vom Postamt 11 in der Nähe des Anhalter Bahnhofs eine telegraphische Postanweisung an seine Frau in Wien aufgegeben. Auf dem Abschnitt dieser Postanweisung kündigte er seine baldige Rückkehr nach Wien an.

Wien, 15. Oktober. Donnerstag abend veröffentlichte die Polizei eine zusammenfassende Darstellung über das bisher gegen Matuschka gesammelte Beweismaterial. Die Darstellung enthält nur wenig Neues. Interessant ist, daß in einem Notizbuch Matuschka Vormerkungen über verschiedene Sprengmittel und elektrische Schaltungen enthalten waren, wie sie bei den Attentaten von Süderbögg und Via Torbagh angewandt worden sind. Über „Bergmann“ wird gesagt, daß er ihn im Jahre 1927 flüchtig kennengelernt und dann 1930 in Wien wieder getroffen habe. Dieser Bergmann habe ihm dann phantastische Pläne über die Gründung einer neuen Partei, die „Alle glücklich machen“ sollte, entwickelt. Mit ihm sei er auch am 5. August nach Berlin gefahren und habe auf dessen Verlangen hin in Berlin die Eisenröhren und den Draht für das Süderbögg Attentat besorgt. In Tattendorf, wo Matuschka eine Villa hat, habe dieser Mann Matuschka wieder aufgesucht und unter Drohungen von ihm Ersatz für ein Attentat bei Budapest verlangt. Um das Ersatz beschaffen zu können, habe er sich einen Steinbruch gepachtet, für den er jedoch nur eine Monatsrate gezahlt habe. So sei er zu dem Sprenggut gekommen, daß ihn zum Erwerb von Ersatz ermächtigte. In Budapest habe er von Bergmann getrennt gewohnt. Am 7. September habe er sich das letztemal mit ihm getroffen.

Mexikanische Regierung zurückgetreten.

London, 15. Oktober. Wie aus Mexiko-Stadt gemeldet wird, ist das Kabinett zurückgetreten. Der frühere Präsident Calles hat sich bereit erklärt, im neuen Kabinett das Kriegs- und das Marineministerium zu übernehmen.

Berlin gibt tausend Morgen Land für erwerbslose Siedler.

Der Berliner Magistrat hat sich bereit erklärt, für die erwerbslosen Siedler zunächst 1000 Morgen Land zur Verfügung zu stellen. Dieses Land erstreckt sich auf alle Gegenden der Randbezirke.

Bei den Erörterungen über die Menschenversuche sagt Dr. Alstedt noch aus, daß er der Überzeugung sei, daß man mit einem Mittel, das sich bei den vier Versuchen als unschädlich erwiesen habe, einen Menschenversuch wagen könne und müsse, denn ohne den Versuch beim Menschen könne die Wissenschaft keine Fortschritte machen.

Die Staatsanwaltschaft beanstandet, daß man der Lübecker Deßentlichkeit keine volle Aufklärung über das Calmette-Vorfahren gegeben habe. Der Rechtsvertreter der Nebenkläger Dr. Wittern weist darauf hin, daß der Antrag, den die Eltern stellen müßten, das Wort „Schutzfütterung“ enthalten habe. Ein Vertrag, der einer Mutter kurz nach der Geburt eines Kindes zur Unterzeichnung vorliegt werde, werde jedoch selten von ihr gelesen. Es scheine, als ob man die Verantwortung für das Vorfahren auf die Eltern abwälzen wollte. — Die Nachmittagsitzung wurde durch ausgedehnte Sachverständigerberatungen ausgefüllt. Die Verhandlung wurde auf Freitag vormittag vertagt.

Der Sklarek-Prozeß in Berlin

Bei Beginn des zweiten Verhandlungstages im Sklarek-Prozeß erklärte Stadtbankdirektor Hoffmann, daß selbstverständlich zwischen ihm und den Brüdern Sklarek Beziehungen bestanden hätten, da die Sklareks als hochehrenwerte und hochanständige Herren gegolten hätten. Es sei eine dienstliche Anweisung dahin ergangen, möglichst enge Beziehungen zwischen den Stadtbankdirektoren und den Kunden der Stadtbank zu pflegen. Die Sklareks seien stets über alle Vorgänge im Rathaus bestens unterrichtet gewesen. Leo Sklarek behauptet, daß eine Tantieme von 10 000 Mark, die zunächst verweigert worden sei, schließlich doch an Hoffmann ausgezahlt worden sei.

Auf die Frage des Staatsanwaltschaftsrates, ob Willi Sklarek vor dem Kriege den Offenbarungsseid geleistet habe, antwortet dieser bejahend. Auch bei Leo Sklarek wird festgestellt, daß er vor dem Kriege einen Offenbarungsseid geleistet hat. Da sich wegen dieser Frage Streitigkeiten zwischen Vereidigung und Staatsanwaltschaft ergeben, erklärt Dr. Weissenberg, er wolle dadurch beweisen, daß die Sklareks ihr Vermögen erst durch die Beträgerien an der Stadtbank erlangt hätten.

Übersall auf Kassenboten.

Zwei Kassenboten des Finanzamts Stettin-Nord, die wie üblich Geld zur Reichsbank bringen wollten, wurden bei Verlassen des Finanzamtes von zwei Burschen überfallen. Einer der Räuber schlug den Boten nieder, während der andere dem zweiten Boten die Geldtasche mit 23 000 Reichsmark Inhalt entriss. Die Täter flüchteten in einem bereitstehenden Kraftwagen, konnten aber nach kurzer Verfolgung festgenommen werden.

Unglücksfall bei Untertauchung eines U-Bootes.

Als das britische U-Boot „Q. 53“ bei Übungen in der Nähe der Insel Wigie untergetaucht war, stellte es sich heraus, daß ein Mann der Besatzung versehentlich auf dem Verdeck zurückgelassen worden war. Der Kommandant ließ das U-Boot sofort wieder an die Oberfläche tauchen und mehrere Stunden lang an der betreffenden Stelle treuhen, ohne von dem Vermissten eine Spur zu entdecken. Das U-Boot kehrte in seinen Hafen Portsmouth zurück.

Radio-Stimme.

Freitag, den 16. Oktober.

Polen.

Lodz (233,8 M.)

11.40 Presse, Berichte, 12.10, 15.50, 16.40 und 19.50 Schallplatten, 15.25 Prof. H. Moscicki: Die Geschichte Polens zur Zeit der Piasten, 16. Englischer Unterricht, 16.20 Vortrag: Der Mediziner- und Aerztefondgriff in Genf, 17.10 Vortrag: Auslandsreisen der Polen zur Zeit der Renaissance, 17.35 Orchesterkonzert, 20. Musicalisches Zwischenstück, 20.15 Orchesterkonzert, 22.30 Vortrag in englischer Sprache, 22.40 Presse, Berichte, 22.45 Nachrichten, 23 Tanzmusik.

Ausland.

Berlin (716 tg, 418 M.)

11.15 und 14 Schallplatten, 16.30 Lieder, 16.45 Unterhaltungsmusik, 17.55 Jugendstunde, 19.15 Gemischtes Poetetheater, 20.15 Gemischtes Poetetheater, 21.15 Mußdrama „Salome“, 23 Tanzmusik.

Breslau (923tg, 325 M.)

11.35, 13.10, 18.50 und 16.25 Schallplatten, 18.05 Nachwuchs, 19.10 Abendmusik, 20.15 Hörspiel: „Welt von gestern — Jugend von heute“, 21.10 Liederstunde, 22.35 Tanzmusik.

Königs Wusterhausen (983,5 tg, 1635 M.)

12.05 und 14 Schallplatten, 15 Jungmädchenstunde, 15.40 Jugendstunde, 16.30 Konzert, 21.15 Mußdrama: „Salome“, 22.30 Konzert.

Prag (617 tg, 487 M.)

11.12, 12.15, 14.10 und 22.20 Schallplatten, 12.35 und 15 Konzert, 17.05 Kammermusik, 19 Schauspiel.

Wien (581 tg, 317 M.)

11.30 Mittagskonzert, 12.40, 13.10 und 16.45 Schallplatten, 15.50 Jugendstunde, 19.30 Moderne Schlager und Lieder, 20. Vorüber man in Amerika spricht, 20.50 Eine florentinische Tragödie, 21.55 Tanzmusik.

Sinfoniekonzert aus der Warschauer Philharmonie.

Am heutigen Freitag um 20.15 Uhr übernimmt der Lodzer Sender aus der Warschauer Philharmonie ein Konzert unter Mitwirkung des Pianistenpaars Ethel

Barlett und Rae Robertson. Das Programm des Konzertes bringt zunächst die D-dur-Sinfonie von Mozart, nach der Mozart befreundeten salzburgischen Familie „Haffner-Sinfonie“ genannt. Es handelt sich um aus der sog. Haffner-Serenade hervorgegangenes vierteiliges Werk, das in Mozarts erster Wiener Zeit entstand. Die beiden Solisten spielen darauf mit Orchesterbegleitung Mozarts Konzert für zwei Klaviere, eine wahrscheinlich für gemeinsame Konzerte Mozarts und seiner Schwester geschriebene Komposition, sowie eine Reihe anderer Musikstücke für zwei Klaviere. Vom Orchester ausgeführt wird u. a. Richard Strauss’ „Eulenspiegel“ und die sinfonische Dichtung „Anhelli“ von Ludomir Rózni.

Deutsche Sozial-Arbeitspartei Polens.

Exekutive des Vertrauensmännerrates.

Montag, den 19. Oktober, 7 Uhr abends, Sitzung der Exekutive des Vertrauensmännerrates der Stadt Lodz.

Zinser, Verhinder.

Lodz-Süd, Pomzyńska 14. Der für Sonnabend, den 17. Oktober, angekündigte Vortrag „Kaleidoskopische Bilder aus dem gesellschaftlichen Leben“ kann infolge Erkrankung des Präsentanten nicht stattfinden.

Kultur- und Bildungsverein „Fortschritt“

Besichtigung der Gasanstalt. Am Sonntag, den 18. Oktober, findet die Besichtigung der Lodzer Gasanstalt statt. Mitglieder, Freunde und Sympathisanten des „Fortschritt“-Vereins versammeln sich pünktlich um halb 10 Uhr vormittags in der Redaktion der „Lodzer Volkszeitung“.

Gemischter Chor Lodz-Zentrum. Die Singstunden des gemischten Chores finden jeden Montag um 1/28 Uhr abends statt. An diesen Abenden werden auch neue Mitglieder aufgenommen.

Der Vorstand.

Verlagsgesellschaft „Volkspresse“ m.b.H. — Verantwortlich für den Verlag: Otto Abel. — Verantwortlicher Schriftleiter: Dipl.-Ing. Emil Gerbe. — Druck: «Prasa» Loda. Petrikauer Straße 101



Am Dienstag, den 13. Oktober, verschrieb plötzlich in Ruda-Pabianicla unser lieber

Johannes Fischer

im Alter von 29 Jahren.

Die Beerdigung des teuren Entschlafenen findet heute, Freitag, den 16. d. Mts., um 4½ Uhr nachm., von der Leichenhalle des alten evangelischen Friedhofes in Lódz aus, statt.

Die Familie.



Kirchengesangverein
der St. Matthäigemeinde, Lódz.

Am Sonnabend, den 17. Oktober I.
J., um 8 Uhr abends, findet im Saale
des Männergesangvereins „Eintracht“
Senatorstraße Nr. 7, unter

7. Gründungsfest

mit reichhaltigem Programm statt, wozu wir alle Mitglieder nebst werten Angehörigen sowie Gönner des Vereins herzlichst einladen.

Der Vorstand.



Sportplatz „Helenenhof“

Sonntag, den 18. Oktober,
um 1 Uhr nachmittags, veranstalten wir ein

Sternschießen

mozu wir die Herren Mitglieder
unserer Vereinigung und befreundeter
Vereine hoff. einladen. Durch Mitglieder ein-
geführte Gäste willkommen.

Der Vorstand.



Sportverein „Rapid“. Karolewska 9.

Am Sonnabend, den 17. Oktober,
ab 8.30 Uhr nachmittags

Preis-Stat und Preference

Am Sonntag, den 18. Oktober,
ab 4 Uhr nachmittags

Gaisonabschluß-Feier

mit Tanz. Um zahlreichen Besuch bitten
die Verwaltung.

Die chemische Wäscherei und Färberrei
von Friedrich Omencester

Zamenhosa 15

empfiehlt sich der geehrten Kundschaft
Reinigung aller Art von Garderoben.
Solide Ausführung — Mäßige Preise
— Spezialität: Schönsärberei —

Zahnärztliches Kabinett
Głowna 51 Tondowska Tel. 174-93

Empfangsstunden: von 9-2 und 3-8.
Sonntag von 10-1 Uhr. — Heilanstaltspresse.

Ein neues Werk von
Sanitätsrat Dr. Magnus Hirschfeld, Berlin

Geschlechtshunde

bearbeitet auf Grund 80jähr.
Forschung und Erfahrung.

Dieses für jeden Geübten unentbehrliche,
in jede Privatbibliothek gehörende Belehrungs- und Nachschlagewerk ist vollständig
in drei Bänden und einem Bilderteil.

Band I.

Die körperseelischen Grundlagen.
Umfang 652 Seiten, Quartformat in Ganzleinen mit Goldprägung. Preis RM. 28.—

Band II.

Folgen und Folgerungen. Umfang
684 Seiten, Quartformat in Ganzleinen mit Goldprägung. Preis RM. 28.—

Band III.

Umfang 764 Seiten. Preis RM. 34.—

Jeder Band ist in sich abgeschlossen.
Das Werk ist auch in Lieferungen zu je RM. 2.— erhältlich.

Zu beziehen durch:

Buch- und Zeitschriftenvertrieb „Volkspresse“
Lódz, Petrikauer Straße 109

Administration der „Lodzer Volkszeitung“



Verein deutschsprechender Meister
und Arbeiter, Lódz.

Am Sonntag, den 18. Oktober d. J., begeht unser Verein
im Saale 11-go Listopada (Kołostaniewska) Nr. 4 das Fest
des

25-jährigen Jubiläums

Die um 5 Uhr nachmittags beginnende Feier ist verbunden mit einem
reichhaltigen Programm, wie Festprolog, Ansprache, Chorgesänge, Bühnenauflagen usw. Nach Programm Tanz.

Zu dem Jubiläumfest sind sämtliche Mitglieder mit ihren werten Angehörigen, die Mitglieder befreundeter Vereine, als auch Freunde und Gönner unseres Vereins hoff. eingeladen.

Am Sonnabend, den 17. Oktober, um 8 Uhr abends, findet daselbst für die Mitglieder und die Delegationen befreundeter Vereine ein

Festkommers

statt. Mit Rücksicht auf Raummangel werden die werten Vereinsmitglieder gebeten, zu dem Festkommers allein ohne Angehörigen zu erscheinen.

Die Verwaltung.

Eine perfekte
Näherin
wie auch eine **Zuschnell-
erin** für bessere Städ-
waren gesucht. Andreeja
Nr. 33, Wohnung 11.

Drehrolle
(Mangel)
in gutem Zustande sofort
zu verkaufen. Hoffmann,
Glowackiego 7 (Baluty).

**Alte Gitarren
und Geigen**
taufe und repariere
auch ganz zerfallene
Musikinstrumentenbauer
J. Höhne,
Alexandrowska 64.



Kinder-Wagen,
Metall-Beistellen,
Polster-Matratzen,
Wringmaschinen (amer.)
Waschlässe,
Kinderküche
im Fabriks-Lager

Dr. med. Albert Mazur
Facharzt für Hals-, Nasen-, Ohrenkrankheiten
Piłsudskiego (Wschodnia) 65

Tel. 166-01.

Zurückgekehrt. Sprechst. von 12.30
Sonn- und Feiertags von 12—1.



Znak zastrz.

ebenl. und hartrostenden englischen
Leinöl-Tarnis, Terpentin, Benzin,
Oele, in- und ausländische Hochglanzfarben,
Fußbodenfarben, streichfertige Oelfarben
in allen Ionen, Wasserfarben für alle Zwecke, Holz-
beizen für das Kunsthandwerk und den Hausgebrauch,
Stoff-Farben zum häusllichen Warm- und Kaltfarben,
Lederfarben, Pelikan-Stoffmalharben, Pinsel
sowie sämtliche Schul-, Künstler- und Malerbedarfssortikel

empfiehlt zu Konturrenzpreisen die Farbwaren-Handlung

Rudolf Roesner

Lódz, Wólczańska 129
Telephon 162-64

**Bevor
Sie
kaufen
besuchen
Sie**

Dr. Heller
Spezialarzt für Haut-
u. Geschlechtskrankheiten
zur Übung gelehrt
Nowrojska 2
Tel. 179-69.

Empfängt bis 10 Uhr früh
und 4-8 abends. Sonntag
von 12-2. Für Frauen
speziell v. 4-5 Uhr nachm.

Für Unbefriedigte
Heilanstaltspresse.

die in der „Lodzer Volkszeitung“
inserierenden Firmen.

LODOWNIA

CENTRALNA, PIOTRKOWSKA 116

Tel. 190-48

stellt zu jedes Quantum Eis an Privat-
wohnungen, Restauraturen, Flei-
schereien etc.

Telephonanruf genügt.

Theater- u. Kinoprogramm.

Städtisches Theater: Heute und die fol-
genden Tage „Święty gaj“

Kammer-Theater: Heute und die folgenden
Tage „Hau-Hau“

Populäres Theater, Ogrodowa 18: Viktoria
und ihr Husar.

„Coctail“: Täglich „Wieć... zapraszamy!“

Capitol: Der Orkan
Casino: Der König der Boulevards
Corso: Die Legion der Tapferen
Grand-Kino: Die Zehn vom Pawiak
Luna: Der Liebhaber um Mitternacht
Odeon u. Wodewil: Tigerweibchen
Oświatowe: Anna Boleyn — Der Sonder-
ling